

Vertrag

zwischen

Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG),
vertreten durch die Hauptgeschäftsführung,
diese vertreten durch Frau Dr. K. Hase-Grebennikova,
Massaquoipassage 1, 22305 Hamburg

- Auftraggeberin (AG)-

und

- Auftragnehmer (AN)-

wird dieser Vertrag über die Dienstleistung einer Unterhaltsreinigung eines Verwaltungsgebäudes der VBG, Hauptverwaltung Hamburg-Barmbek, abgeschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Vertragsbestandteile	3
§ 3 Leistung des Auftragnehmers (AN).....	4
§ 4 Austausch von Personal des AN.....	6
§ 5 Leistung der Auftraggeberin (AG)	6
§ 6 Abtretung von Forderungen/Aufrechnung	7
§ 7 Vertragslaufzeit / Kündigung	7
§ 8 Hinzunahme von Flächen durch die AG	8
§ 9 Vertraulichkeit, Datenschutz sowie Betriebs- u. Geschäftsgeheimnisse	9
§ 10 Unterauftragnehmer	9
§ 11 Einhaltung gesetzlicher Vorgaben	10
§ 12 Preisanpassung.....	10
§ 13 Termine und Ausführungsfristen	11
§ 14 Erfüllungsort.....	11
§ 15 Nachrücker-Klausel.....	11
§ 16 Vergütung / Rechnungsstellung.....	12
§ 17 Aufbewahrung und Rückgabe von Unterlagen	13
§ 18 Schlussbestimmungen	13

§ 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist die Realisierung und Umsetzung der Unterhaltsreinigung in dem Verwaltungsgebäude der Auftraggeberin am Standort Hamburg-Barmbek (Hauptverwaltung).

Die zu erbringenden Leistungen sind in der Leistungsbeschreibung näher definiert.

§ 2 Vertragsbestandteile

Die nachfolgenden Regelungen sind wesentlicher Bestandteil dieses Vertrags:

- Dieser Vertrag;
- Ggf. der aus dem Vergabeverfahren entstandene Frage- und Antwortkatalog;
- Die Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin (AG) inkl. aller Anlagen;
- Das mit dem Angebot eingereichte Preisblatt_Kalkulation;
- Die im Preisblatt_Kalkulation kalkulierten Gesamtstunden;
- Die Kalkulation für die Unterhaltsreinigung und dem/der Vorarbeiter/in;
- Das Angebot des Auftragnehmers (AN) vom _____;
- Das unter § 9 aufgeführte Datenschutzdokument;
- Das Zuschlagsschreiben;
- Die Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) der AG;
- Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B);
- Die Besonderen Vertragsbedingungen nach dem Bundestariftreuegesetz (BTTG);
- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG);
- Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

Weitere Bestandteile sind nicht vereinbart.

Die verschiedenen Bestandteile sind als „sinnvolles Ganzes“ auszulegen. Widersprüche zwischen einzelnen Bestandteilen sind nach den allgemeinen Grundsätzen der Auslegung aufzulösen. Nur wenn gleichwohl noch unauflösbare Widersprüche verbleiben, gelten die Bestandteile und Unterlagen vorbehaltlich anderweitiger vertraglicher Vereinbarungen in der vorstehend bezeichneten Reihenfolge.

Bei Widersprüchen oder Unklarheiten zwischen den Bestandteilen ist stets der höherwertige Standard bzw. weitreichendere Leistungsumfang verbindlich.

Bei Widersprüchen zwischen den einzelnen Bestandteilen hat der AN die AG rechtzeitig vor Ausführung der davon betroffenen Leistung hierauf hinzuweisen und die konkreten Folgen zu benennen, die sich im Falle einer Ausführung gemäß der vorstehenden Rangfolgeregelung für den geschuldeten Leistungsumfang ergeben.

Entgegenstehende, zusätzliche oder von diesem Vertrag abweichende Bedingungen des AN werden nicht Vertragsinhalt, es sei denn, die AG hätte ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt. Dieser Vertrag gilt auch dann, wenn die AG eine Leistung des AN in Kenntnis entgegenstehender oder abweichender Bedingungen des AN vorbehaltlos annimmt.

§ 3 Leistung des Auftragnehmers (AN)

Die AG überträgt an den AN nach Zuschlagserteilung die in der Leistungsbeschreibung ausgeschriebenen Leistungen. Den Umfang der Leistungen bestimmt die AG.

Bei einer etwaigen weiteren Beauftragung gelten die Bedingungen dieses Vertrages. Aus einer stufen- oder abschnittswisen Beauftragung oder einer (sukzessiven oder vorgezogenen) Teilbeauftragung von Leistungen kann der AN keine Erhöhung des vereinbarten Honorars oder sonstige Ansprüche, insbesondere auf Entschädigung oder Schadenersatz (aus Personalvorhaltung, Behinderung oder Unterbrechung etc.) geltend machen.

Die in der Leistungsbeschreibung genannten Leistungen beschreiben und beinhalten die Mindestanforderungen zur Herbeiführung der nachgenannten und vereinbarten Ziele.

Der AN hat im Rahmen des ihm übertragenen Leistungsumfangs alle erforderlichen Leistungen zu erbringen, damit die in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Aufgaben vertragsgerecht, insbesondere mängelfrei sowie innerhalb der vereinbarten Ausführungszeiten erbracht und fertig gestellt werden. Dieses Ziel ist von dem AN unter allen Umständen und unabhängig von den in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Einzelleistungen im Rahmen des ihm übertragenen Leistungsumfangs herbeizuführen und einzuhalten.

Der AN hat seine Leistungen in einem solchen Umfang und in einer solchen Qualität zu erbringen, wie dies zu einer ordnungsgemäßen Bearbeitung zweckmäßig oder notwendig ist, auch wenn dies im Einzelfall in der Leistungsbeschreibung nicht ausdrücklich beschrieben sein sollte, jedoch der Sache nach zur Funktion und Tätigkeit eines gewissenhaften AN gehört und/oder zur Erreichung der vorbeschriebenen Ziele erforderlich ist.

Der AN verpflichtet sich, die vertraglich geschuldeten Leistungen unter Anwendungen größtmöglicher Sorgfalt zu erbringen.

Der AN verpflichtet sich, die zur vertragsgemäßen Leistungserbringung erforderliche Urlaubs- sowie Krankheitsvertretung in ihrem/ seinem Betrieb sicherzustellen. Dies gilt im Falle einer Bietergemeinschaft für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft sowie im Falle der Beauftragung eines Unterauftragnehmers auch für diesen.

Der AN ist verpflichtet, die ihm übertragenen Leistungen und Aufgaben nach den anerkannten Regeln der Technik und dem aktuellen Stand der Wissenschaften und den gültigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften sowie nach dem Grundsatz der größtmöglichen Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit auch hinsichtlich späterer Unterhaltungs- und

Betriebskosten zu erfüllen und die Anordnungen, Vorgaben und Anregungen der AG zu beachten.

Der AN hat seine Leistungen in die vorgegebene, festgelegte und ggf. fortgeschriebene Terminplanung sowie in den vereinbarten und fortgeschriebenen Ablauf einzubinden und dafür Sorge zu tragen, dass alle erforderlichen Leistungen in der vereinbarten Qualität, den vereinbarten Fristen und zu dem angebotenen Preisen erbracht und in keiner Weise verzögert werden.

Der AN ist verpflichtet, die Interessen der AG gewissenhaft wahrzunehmen und in jedem Stadium der Abwicklung dieses Vertrages eng mit der AG zusammenzuarbeiten, die Leistungserbringung abzustimmen und die AG fortlaufend zu informieren und alle auftretenden oder vorhersehbaren Probleme in enger Zusammenarbeit mit der AG und sonstigen Beteiligten zu klären. Hat der AN gegen die Anwendung der von der AG übergebenen Unterlagen oder der einzuhaltenden Bestimmungen oder Richtlinien Bedenken oder stellt er Lücken, Überschneidungen, Unklarheiten oder Widersprüche bei der Leistungserbringung der Projektbeteiligten fest, hat der AN die AG unverzüglich hierauf schriftlich hinzuweisen und darzulegen, wie diesen Bedenken Rechnung getragen werden kann oder wie diese Lücken, Überschneidungen, Unklarheiten oder Widersprüche geschlossen, verhindert oder beseitigt werden können. Verletzt der AN diese Überprüfungs- und Mitteilungspflicht, so ist er der AG zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Aus verbliebenen Unklarheiten oder Widersprüchen kann der AN keinerlei Rechte ableiten.

Die dem AN vorgelegten Unterlagen und Leistungen der AG und anderer Beteiligter entbinden ihn nicht von seiner Verpflichtung zur selbständigen Prüfung dieser Unterlagen und der darauf beruhenden Leistungen der anderen Projektbeteiligten und von seiner Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von dem AN geschuldeten Leistungen.

Die von dem AN erbrachten Leistungen sind auf Verlangen der AG durch einen Statusbericht vorzulegen. Erkennbare Abweichungen sind in jedem Falle unverzüglich schriftlich aufzuzeigen.

Der AN ist verpflichtet, der AG jeweils unverzüglich gesondert schriftlich zu berichten, falls er die Gefahr von Leistungsstörungen erkennt, die Termin- oder Kostenüberschreitungen bewirken oder andere negative Auswirkungen auf die Vertragsziele haben könnten.

Insbesondere hat der AN frühzeitig negative Entwicklungen hinsichtlich Kosten, Termine und der Qualität der Leistungen oder Lieferungen der AG schriftlich anzuzeigen und rechtzeitig der AG geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen vorzuschlagen und/oder Entscheidungshilfen zu geben. Der AN hat zudem die AG rechtzeitig davon zu unterrichten, wann welche auftraggeberseitig Entscheidungen zu treffen sind.

Eine solche Anzeige begründet für sich genommen keinen Anspruch des AN auf Mehrvergütung, Terminverlängerung, Vertragsanpassung oder sonstige Änderung der vertraglichen Pflichten. Etwaige Ansprüche des AN bestehen nur, soweit sie sich ausdrücklich aus diesem Vertrag, einer schriftlich vereinbarten Nachtragsregelung, einer Anordnung der AG oder zwingendem Recht

ergeben. Der AN hat die Ursachen, Auswirkungen, Minderungsmaßnahmen und Entscheidungsbedarfe nachvollziehbar darzulegen.

Der AN hat seine Leistungen selbst bzw. durch sein eigenes Büro zu erbringen.

Namentlich benannte Beauftragte des AN sind:

Der AN sichert zu, dass die von ihm bezeichneten Personen während der gesamten Vertragslaufzeit federführend tätig sein werden.

Liegt die Zustimmung der AG zur Einbeziehung Dritter in die Vertragserfüllung vor, hat der AN die Verträge mit Dritten so zu gestalten, dass diese vollumfänglich, insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz sowie Termin- und Kostensicherheit, den zwischen der AG und dem AN geregelten Pflichten entsprechen. Gleiches gilt für die Versicherungspflicht. Der AN hat ferner zu vereinbaren, dass eine weitere (Unter-)Vergabe nur nach Einwilligung der AG zulässig ist.

Vergibt der AN nach vorheriger Zustimmung der AG Leistungen/Leistungssteile an einen Unterauftragnehmer/Dritten und entspricht deren/dessen Leistung trotz Abmahnung durch die AG nicht den vertraglichen Anforderungen oder ist sie aus sonstigen Gründen mangelhaft, unzureichend oder unvollständig, so ist die AG berechtigt, den Austausch dieses Unterauftragnehmers und die Leistungserbringung durch den AN oder einen anderen Dritten zu verlangen.

Kommt der AN dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die AG zur Kündigung des Vertrags mit dem AN hinsichtlich der entsprechenden Leistung (Teilkündigung) aus wichtigem Grund berechtigt. Die Verantwortlichkeit des AN bleibt davon unberührt.

§ 4 Austausch von Personal des AN

Der AN oder dessen Unterauftragnehmer sind verpflichtet, Arbeitnehmer, welche sie zur Leistungserbringung einsetzen, auszutauschen, sofern die AG dies aus wichtigem Grund verlangt. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn erforderliche Nachweise nicht erbracht werden, das Personal des AN oder das seines Unterauftragnehmers unzuverlässig und/oder zur Leistungserbringung ungeeignet ist oder gegen die zuvor aufgeführten Datensicherheits- und Verhaltensregeln verstößt.

§ 5 Leistung der Auftraggeberin (AG)

Die AG stellt die für die Vertragserfüllung erforderlichen Daten, Informationen und Unterlagen dem AN zur Verfügung. Der AN ist verpflichtet, etwaige ihm fehlende Daten, Informationen oder Unterlagen, die er im Rahmen der Erfüllung seiner Leistungsverpflichtungen benötigt, von der AG

anzufordern. Sollten Daten, Informationen oder Unterlagen im Besitz anderer Beteiligter sein, hat der AN diese dort direkt anzufordern und die AG gleichzeitig darüber zu informieren und den Eingang zu dokumentieren.

Die Vertragssteuerung seitens der AG wird durch:

Herrn Tino Pump, Tel.: +49 (40) 51 46 23 91 oder
Frau Elena Fürle, Tel.: +49 (40) 51 46 25 81

wahrgenommen. Sie sind Vertreter der AG und zu allen Handlungen, Weisungen und Entscheidungen gegenüber dem AN bevollmächtigt, sofern nicht die AG durch ihre Geschäftsführung ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

Von der AG beauftragte sonstige Dritte sind nicht berechtigt, Vertragsänderungen anzuordnen oder die AG in sonstiger Weise rechtsgeschäftlich zu vertreten.

§ 6 Abtretung von Forderungen/Aufrechnung

Die Abtretung einer Forderung durch den AN an Dritte bedarf der schriftlichen Zustimmung der AG. Eine Aufrechnung mit Gegenansprüchen ist nur zulässig, wenn diese Ansprüche durch die AG nicht bestritten werden oder rechtskräftig festgestellt sind.

§ 7 Vertragslaufzeit / Kündigung

Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft.

Der Vertrag beginnt am 01.01.2027 und endet am 31.12.2028, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Durch eine einseitige Erklärung der AG ist eine einmalige Vertragsverlängerungsoption für weitere 24 Monate wie folgt möglich:

1. Verlängerungsoption beginnt am 01.01.2029 und endet am 31.12.2030, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Die Verlängerungsoption bedarf der Schriftform und wird von der AG spätestens 4 Monate vor Ablauf der jeweiligen Regellaufzeit gegenüber dem AN schriftlich erklärt.

Eine Verlängerung über den 31.12.2030 hinaus ist ausgeschlossen. Ungeachtet dessen kann im Ausnahmefall eine einvernehmliche kurzfristige Vertragsverlängerung erfolgen, wenn außergewöhnliche und unvorhergesehene Umstände (z. B. die Aufhebung einer Ausschreibung oder baubedingte Verzögerungen) dies erforderlich machen.

Die ersten sechs Monate der Vertragslaufzeit gelten als Probezeit. Während dieses Zeitraumes wird insbesondere die Prüfung des Qualitätsmanagements in der praktischen Durchführung

vorgenommen, die AG kann innerhalb dieser ersten sechs Monate den Vertrag ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von 14 Tagen zum Ende des Kalendermonats kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Sollte die AG das Gebäude oder Teile des Gebäudes (Untervermietung) nicht weiter betreiben, kann sie den Vertrag mit einer Frist von 4 Wochen zum Ende des Kalendermonats kündigen, in dem die Veränderungen wirksam werden.

Das in den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen geregelte Recht zur Beendigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

Ein wichtiger Grund liegt für die AG insbesondere vor, wenn

- der AN falsche Angaben in dem Vergabeverfahren gemacht hat,
- der AN eine ordnungsgemäße Erfüllung seiner Tätigkeit aus organisatorischen oder personellen Gründen nicht gewährleisten kann,
- die Leistung aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht fristgerecht erbracht werden kann,
- die Voraussetzungen für den Vertragsschluss nachträglich entfallen,
- ein schwerwiegender Verstoß des AN gegen vertragliche Bestimmungen über die Vertraulichkeit oder den Datenschutz vorliegt,
- die in §§ 123 und 124 GWB genannten Tatbestände bei dem AN vorliegen bzw. eintreten.

Eine Kündigung wegen Verletzung der Vertragspflichten ist erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Die Fristsetzung zur Abhilfe und die Abmahnung bedürfen der Textform. § 323 Abs. 2 BGB findet entsprechende Anwendung.

Im Falle der Kündigung durch die AG ist diese verpflichtet, die nachweislich erbrachten Leistungen dem AN zu vergüten. Der AN hat diese Leistungen bis spätestens einen Monat nach Zugang der Kündigung gegenüber der AG abzurechnen. Durch die Kündigung werden Schadensersatzansprüche nicht ausgeschlossen.

Durch die Kündigung werden Schadensersatzansprüche nicht ausgeschlossen.

Der AN hat der AG den aufgrund der vorzeitigen Vertragsbeendigung entstandenen Schaden zu erstatten.

§ 8 Hinzunahme von Flächen durch die AG

Sollte die AG Gebäudeteile, die bisher in der Untervermietung stehenden Flächen, im Zeitraum der Vertragslaufzeit wieder aufnehmen, so wird die AG dem AN über die Hinzunahme der

Flächen, mindestens sechs Wochen vor geplanter Maßnahme und den voraussichtlichen Beginn sowie über mögliche Auswirkung auf den Leistungsumfang, schriftlich informieren.

Die konkreten Änderungen des Leistungsumfanges werden in Form von schriftlichen Nachträgen geregelt, sobald die Hinzunahme von Flächen durch die AG verbindlich festgelegt ist.

Im Fall einer Flächenänderung oder -verlagerung ist der AN verpflichtet, innerhalb von 14 Kalendertagen nach entsprechender Mitteilung der AG ein aktualisiertes Kalkulationsformblatt („Preisblatt_Kalkulation“) unter Berücksichtigung der geltenden tariflichen und betrieblichen Rahmenbedingungen einzureichen. Die AG behält sich vor, bis zum Vorliegen der aktualisierten Kalkulation die bisherige Preisstruktur anteilig weiter anzuwenden.

Beide Vertragsparteien wirken bei Leistungsanpassungen partnerschaftlich zusammen und streben wirtschaftlich tragfähige Lösungen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gegebenheiten an.

§ 9 Vertraulichkeit, Datenschutz sowie Betriebs- u. Geschäftsgeheimnisse

Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Er wird alle mit der Vertragsausführung beauftragten Personen, derer er sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag bedient, über diese Vorschriften belehren.

Erhobene oder von der AG bekannt gegebene Daten werden ausschließlich zum Zweck der Erfüllung des jeweiligen Auftrags verarbeitet oder genutzt. Jede andere Nutzung ist untersagt.

Dem AN ist bekannt, dass die unbefugte Übermittlung von personenbezogenen Daten oder geschützten Sozialdaten zumindest als Ordnungswidrigkeit gemäß den §§ 85a SGB X, 41 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) geahndet werden kann.

Es gelten die Bestimmungen zu Vertraulichkeit, Datenschutz sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gemäß dem zum Vertrag beigefügten Dokument:

- Verpflichtung auf das Daten- und Sozialgeheimnis zum Vertragsschluss

definiert und unterzeichnet wurde.

§ 10 Unterauftragnehmer

Der AN hat die vorgesehenen Unterauftragnehmer sowie Art und Umfang der von ihnen auszuführenden Leistungen mit Vertragsschluss konkret benannt. Eine Änderung der Art oder des Umfangs von Unterauftragnehmereinsätzen bzw. ein Austausch bedarf der schriftlichen Zustimmung der AG.

Soweit der AN Teile von Leistungen an andere Unternehmer überträgt (Unterauftrag), darf er dem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen- insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise – stellen, als zwischen dem AN und der AG vereinbart. Bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge hat der AN kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen.

Vertragspartner und Schuldner der Leistung gegenüber der AG verbleibt ausschließlich der AN.

Unterauftragnehmer, die sich als nicht fachkundig, nicht leistungsfähig oder nicht zuverlässig herausstellen, hat der AN unverzüglich durch geeignete Unterauftragnehmer zu ersetzen. Unterlässt der AN trotz Aufforderung und Ablauf einer angemessenen Nachfrist die Ersetzung eines solchen Unterauftragnehmers, so ist die AG berechtigt, den Auftrag ganz oder teilweise zu entziehen.

§ 11 Einhaltung gesetzlicher Vorgaben

Der AN darf zur Erbringung seiner Leistungen ausschließlich Personal mit gültiger Sozialversicherungsnummer sowie Arbeitskräfte mit gültigen Arbeits- und Aufenthaltspapieren einsetzen. Entsprechende Nachweise sind dem AG auf Anforderung vorzulegen.

Der AN verpflichtet sich, sämtliche für ihn geltenden gesetzlichen, behördlichen und sozialversicherungsrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Dies umfasst insbesondere:

- die ordnungsgemäße Abführung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen,
- die Einhaltung aller arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen,
- die Gewährung mindestens derjenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich Mindestentgelt, die nach dem Mindestlohngesetz, einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag gemäß Tarifvertragsgesetz oder einer Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz bzw. Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verbindlich vorgeschrieben sind.

Diese Verpflichtungen gelten gleichermaßen für vom AN eingesetzte Unterauftragnehmer, freie Mitarbeiter sowie Unterunternehmer.

Dem AN ist bewusst, dass der AG bei einem Verstoß gegen diese Verpflichtungen berechtigt ist, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Weitergehende Rechte des AG bleiben unberührt.

§ 12 Preisanpassung

Preisanpassungen aufgrund veränderter gesetzlicher Mindestlöhne, tariflicher Lohnanpassungen oder Erhöhungen von Sozialabgaben werden vom AG akzeptiert, sofern diese nachweislich zu tatsächlichen Kostensteigerungen beim AN führen.

Die Kostenänderungen sind rechtzeitig, schriftlich und unter Vorlage eines aktualisierten Preisblatt_Kalkulation sowie der Formblätter „Kalkulation Unterhaltsreinigung“ und „Kalkulation Vorarbeiter/in“ darzulegen. Änderungen gegenüber der ursprünglichen Angebotskalkulation sind transparent auszuweisen.

Tariflohnbedingte Preisanpassungen können ausschließlich für Mitarbeitende geltend gemacht werden, die tatsächlich einem einschlägigen Tarifvertrag unterliegen. Für nicht-tarifgebundene Beschäftigtengruppen – insbesondere Objektleiter sowie sonstige Angestellte in Leitungs-, Verwaltungs- oder Dispositionsfunktionen – können tarifliche Lohnsteigerungen nicht als Grundlage für Preisanpassungen herangezogen werden.

Eine vereinbarte Preisanpassung wird frühestens zum Beginn des auf die Einigung folgenden Monats wirksam.

Der AG ist berechtigt zu prüfen, ob die anerkannten Anpassungen tatsächlich an die betroffenen Beschäftigten des AN weitergegeben werden.

Der AG erwartet eine pünktliche und regelmäßige Auszahlung der Löhne an die Beschäftigten des AN sowie an die Beschäftigten der eingesetzten Unterauftragnehmer.

§ 13 Termine und Ausführungsfristen

Bei nicht vertragsgerechter Leistungserfüllung sowie bei sonstigen vertraglichen Pflichtverletzungen ist die AG berechtigt, Zurückbehaltungsrechte oder Leistungsverweigerungsrechte geltend zu machen. Der AN obliegt auf Verlangen der AG bis zur Abnahme der Nachweis, dass die Leistungen vertragsgerecht erfüllt worden sind. Gewährleistungsrechte und -ansprüche der AG bleiben davon unberührt.

§ 14 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist der Sitz der VBG – Hauptverwaltung Hamburg-Barmbek, Massaquoipassage 1 in 22305 Hamburg.

§ 15 Nachrücker-Klausel

Sollte im Falle einer Aufhebung des Vertrages jeglicher Art es zu einer Beendigung des Auftragsverhältnisses mit dem bezuschlagten AN während der Vertragslaufzeit, insbesondere in der Probezeit, kommen, besteht für die AG die Möglichkeit, spätestens 4 Wochen vor Ende der bisherigen Probezeit, den im Rang nachfolgenden Bieter aus dem abgeschlossenen

Vergabeverfahren für die Restlaufzeit längstens bis zum 31.12.2030 zu beauftragen. Voraussetzung für das „Nachrücken“ ist jedoch, dass der im Rang nachfolgende Bieter der AG eine rückwirkende Bindungserklärung zu seinem damals eingereichten Angebot ausdrücklich schriftlich einreicht.

§ 16 Vergütung / Rechnungsstellung

Die Vergütung der Leistungen erfolgt entsprechend den Angebotspreisen im Preisblatt. Vergütungsbestandteile neben den Angebotspreisen sind unzulässig.

Sonstige Aufwendungen, Auslagen, Reisekosten etc. sind mit den Angebotspreisen abgegolten. Alle Preise enthalten alle Nebenkosten und sind All-Inclusive-Preise. Es erfolgt keine gesonderte Erstattung durch die AG.

Die zur sinnvollen und funktionierenden Leistungserbringung erforderlichen Leistungen, die vorstehend oder in der Leistungsbeschreibung nicht explizit genannt sind, sind mit den vorstehenden Preisen ebenfalls mit abgegolten.

Die AG weist darauf hin, dass der AN verpflichtet ist, seinen für diesen Auftrag eingesetzte/n Beschäftigten/innen mindestens den gesetzlich festgelegten Mindestlohn zu zahlen. Ein Mindestumsatz sowie Abschlagszahlungen werden nicht vereinbart.

Die Rechnungsstellung erfolgt erst nach Abnahme der erbrachten Leistung durch die AG. Rechnungen sind in einfacher Ausfertigung ausschließlich unter Nennung der Vergabenummer (VBG/2026/05/6709) und der Bezeichnung des Auftrags gemäß der Aufforderung zur Angebotsabgabe mit den abrechnungsrelevanten Unterlagen bei der AG einzureichen und an folgende Anschrift zu richten:

VBG – Hauptverwaltung
Stabsstelle Beschaffung
Massaquoipassage 1
22305 Hamburg

Elektronische Eingangsrechnungen im PDF-Format (Attachment) sind ausschließlich an das Rechnungseingangspostfach eingangsrechnung@vbg.de zu senden. Pro E-Mail ist nur eine PDF-Datei (Rechnung inkl. Anlagen) zu versenden.

Die E-Mail darf keine weiteren Dateianhänge (auch keine Visitenkarten etc.) beinhalten. Das E-Mail-Format muss Text (nicht HTML) sein.

Die Bezahlung der Rechnung durch die AG erfolgt innerhalb von 30 Tagen ab Eingang der prüffähigen Rechnung. Die Zahlung erfolgt vorbehaltlich etwaiger Beanstandungen. Diese sind innerhalb von 6 Monaten nach Anweisung des beanstandeten Zahlungsvorganges geltend zu machen.

Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der AG statthaft.

Alle angegebenen Preise verstehen sich als Nettopreise zuzüglich der zum Zeitpunkt der Leistungserbringung jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Preise sind in Euro anzugeben.

Für Rechnungen, die nicht diesen formalen Anforderungen genügen, werden mit einer Korrekturaufforderung an den Absender unverzüglich zurückgesandt und der Zahlungsanspruch bis zum Posteingang einer korrigierten und formal einwandfreien Rechnung ausgesetzt.

In Falle einer vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem AN die Vergütung nur anteilig für bis dahin mangelfrei erbrachte Leistungen zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Zahlungen sind im Falle der Vertragsbeendigung zurückzuerstatten. Der Erstattungsanspruch ist sofort fällig.

Es gelten die ZVB der AG.

§ 17 Aufbewahrung und Rückgabe von Unterlagen

Der AN verpflichtet sich, alle ihm zur Verfügung gestellten Geschäfts- und Betriebsunterlagen ordnungsgemäß aufzubewahren, insbesondere dafür zu sorgen, dass Dritte nicht Einsicht nehmen können. Die zur Verfügung gestellten Unterlagen sind während der Dauer des Vertrages auf Anforderung, nach Beendigung des Vertrages unaufgefordert der AG zurückzugeben.

§ 18 Schlussbestimmungen

Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder infolge Änderung der Gesetzeslage oder auf andere Weise ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig werden oder weist dieser Vertrag Lücken auf, so sind sich die Parteien darüber einig, dass die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages davon unberührt und gültig bleiben. Für diesen Fall verpflichten sich die Vertragsparteien an Stelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt und von der anzunehmen ist, dass die Parteien sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Nichtigkeit gekannt oder vorhergesehen hätten. Entsprechendes gilt, falls dieser Vertrag eine Lücke enthalten sollte.

Dieser Vertrag ist nicht als Werkvertrag ausgestaltet. Maßgeblich sind die im Dokument Preisblatt_Kalkulation aufgeführten, kalkulierten Gesamtstunden, die als Grundlage für die Erbringung der Leistung dienen.

Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Jede Änderung und/oder Ergänzung dieses Vertrags bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung dieses Schriftformerfordernisses selbst.

Vertrags- und Kommunikationssprache ist Deutsch. Jegliche Kommunikation erfolgt in deutscher Sprache und alle Besprechungen werden in deutscher Sprache durchgeführt.

Streitfälle berechtigen den AN nicht zur Einstellung seiner Arbeiten oder zur Zurückbehaltung von (Teil-) Leistungen und Unterlagen.

Ort, Datum _____

Ort, Datum _____

Unterschrift/Stempel Auftragnehmer

Unterschrift/Stempel Auftraggeberin, VBG